



Fortsetzung von Seite 1

Auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene machen sich die jeweiligen Vorstände und andere Gremien Gedanken über zu verbessernde Parteiarbeit, effizienteres Vorgehen und die Aktivierung der Mitgliedschaft - vielleicht in der Ahnung kommender Dinge.

Über dem letzten Bundesparteitag lag eine Atmosphäre der gespannten Erwartung eines Wechsels oder Neuanfangs. Ich hoffe sehr, daß mit unserem Landsmann Dr. Klaus Kinkel an der Spitze oder, wenn er absagt, mit Dr. Wolfgang Weng, ein Ruck durch alle Mitglieder geht und wir guten Mutes und offensiv in die 19(!) Wahlen des Jahres 1994 gehen können. Doch zuerst wird in Baden-Württemberg in wenigen Wochen ein neuer Landesvorstand gewählt und das politische Jahr eingeläutet. Bis dahin haben wir noch eine Zahl großer Feiertage vor uns, die Ihnen allen Freude, Erholung und Entspannung, Besinnlichkeit und Zufriedenheit bringen sollen. Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich als Ihr langjähriger Kreisvorsitzender ein frohes Weihnachtsfest und einen glücklichen Jahreswechsel und bedanke mich bei allen Mitgliedern für ihre Mitarbeit und Solidarität.

Neue Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle

Ab 1. Januar 1993 ändern sich die Geschäftszeiten in der Geschäftsstelle in Schorndorf. Die Geschäftsstelle in der Kirchgasse 23 in 7060 Schorndorf, Telefon (0 71 81) 55 08 und Telefax (0 71 81) 6 49 51 ist nun wie folgt besetzt:

Montag, Mittwoch, Donnerstag
8.00-11.30 Uhr
Dienstag
15-18.00 Uhr

Start des „Rems-Murr-Liberal“

Nun ist es wieder da. Das bereits schon traditionelle Mitgliedermagazin der FDP im Stammkreis der Liberalen. Wir haben nun ein Magazin geschaffen, daß es ermöglicht zunächst von uns aus dem Kreis zu berichten. Die Basismitglieder sollen die Möglichkeit haben ihre Meinung anderen mitzuteilen. Jedes Mitglied hat die Möglichkeit in „Rems-Murr-Liberal“ seinen Beitrag zu veröffentlichen. Wir freuen uns über jeden Beitrag! Wenn Sie einen PC besitzen können Sie uns auch ihre 3,5"-Diskette schicken. Für Auskünfte stehen wir zur Verfügung.

„Rems-Murr-Liberal“ ist das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit zwischen den Jungen Liberalen und der FDP des Kreisverbandes. Somit haben FDP-Mitglieder die Möglichkeit sich über die Aktivitäten des Jugendverbandes zu informieren und andererseits haben die Jungen Liberalen, welche noch nicht FDP-Mitglied sind, einen guten Einblick in die Arbeit und Aktivitäten der Mutterpartei.

Auf der letzten Seite von „Rems-Murr-Liberal“ steht der neue Terminkalender. Auf diesem sind alle Termine eingetragen, welche uns von den Gremien gemeldet wurden. Für Ortsverbände besteht nun die Möglichkeit ohne teure Portokosten zu einem Infoabendkreisweiteinzuladen.

„Rems-Murr-Liberal“ erscheint immer vor den Kreisparteitag. Somit können auch noch rechtzeitig gemeldete Anträge mit dem Heft verschickt werden.

Eigentlich sollte das 1. Heft am 12. Dezember bei Ihnen sein, jedoch hat sich die Erscheinung etwas verzögert, weil wir viele Beiträge erst „auf den letzten Drücker“ bekommen haben. In Zukunft wird der Redaktionsschluß etwas strenger festgelegt, da die Einladung für die Kreisparteitage satzungsgemäß eine gewisse Frist vorher verschickt werden muß.

Ab der nächsten Ausgabe ist es möglich auch Bilder zu veröffentlichen. Bitte senden Sie uns Ihr Paßfoto oder Fotos von Veranstaltungen etc. Wir wollen erreichen, daß der Druck von „Rems-Murr-Liberal“ noch besser wird. Allerdings ist dies eine Frage der Finanzen. Bisher ist nur ein Schnelldruck drin. Wir hoffen, daß Ihnen unser neues „Rems-Murr-Liberal“ gefällt und vielleicht können wir auf Ihren Beitrag zählen.

Das Redaktionsteam wünscht allen Lesern ein Frohes Fest und ein gutes Neues Jahr!

Goetz Kümmerle und Joachim Kießling



Impressum

Rems-Murr-Liberal
Das Mitgliedermagazin der FDP
und der Jungen Liberalen im
Rems-Murr-Kreis

Herausgeber:

F.D.P./DVP Kreisverband
Rems-Murr

Redaktion: Joachim Kießling
Goetz Kümmerle

Redaktionsanschrift:

Joachim Kießling, Bühlärten 15
7052 Schwaikheim

Telefon (0 71 95) 5 76 40

Telefax (0 71 95) 5 75 40

Goetz Kümmerle, Zeisigweg 17/1

7050 Waiblingen

Telefon (0 71 51) 8 34 45

Kreisgeschäftsstelle FDP:

Kirchgasse 23, 7060 Schorndorf

Telefon (0 71 81) 55 08

Telefax (0 71 81) 6 49 51

Geschäftszeiten:

Mo, Mi, Do 8.00-11.30 Uhr

Di. 15.-18.00 Uhr

Bankverbindung des

Kreisverbandes:

Volksbank Waiblingen

(BLZ 602 901 10)

Konto Nr. 400 148 005

Kreissparkasse Waiblingen

(BLZ 602 500 10)

Konto Nr. 124 003

Staatsministerin Ursula Seiler-Albring, MdB zum Jahreswechsel

Klaus Kinkel hätte exzellente Chancen

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

gern würde ich Ihnen an dieser Stelle einen ausführlichen Bericht über meine Tätigkeit in Bonn und im Wahlkreis geben, die Position der deutschen Außenpolitik in einem veränderten Umfeld schildern und auf einige innerparteiliche Problemfelder eingehen. Leider ist der verfügbare Raum begrenzt, so daß ich bei einigen Stichworten aus meiner persönlichen Sicht belassen muß. Gleich vorweg möchte ich aber mein „stehendes Angebot“ wiederholen, diese Themen in einer Veranstaltung in Ihrem Ortsverband ausführlich zu diskutieren.

Mein zweites Jahr als Staatsministerin im Auswärtigen Amt wurde vor allem von zwei Ereignissen geprägt: Der Ratifizierungsprozeß des Maastricht-Vertrages und der Wechsel im Amt des Außenministers. Der Bundestag hat in dieser Woche den Vertrag mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Nun bleibt zu hoffen, daß auch in Dänemark und Großbritannien dieser abschließende Schritt getan wird und vor allem, daß es gelingt, Inhalt und Ziele dieses für die Stabilität und die Zukunft Europas so wichtigen Vertrages in der Bevölkerung zu vermitteln. Ich habe in einer Vielzahl von Veranstaltungen bundesweit versucht, zu diesem Verständnis beizutragen.

Nach 18 Jahren hat Hans-Dietrich Genscher das Auswärtige Amt verlassen. Seine Gründe - vor allem persönlicher Art - sind zu respektieren, obwohl ich nicht verhehle, daß mir dieser Abschied besonders schwergefallen ist. Diese enge 1 1/2-jährige Zusammenarbeit wird mit Sicherheit einen besonderen Stellenwert in meinem „politischen Leben“ behalten.

Die Umstände des Wechsels waren so unerfreulich, daß wir sie besser schnell vergessen. Um so angenehmer fällt auf, daß die Gestaltung der Nachfolge problemlos ist und wir mit Klaus Kinkel einen anerkannten, kompetenten neuen Außenminister gefunden haben, der auch für unseren Landesverband ein hochwillkommener Zuwachs ist und in der Perspektive der Nachfolge im Parteivorsitz exzellente Chancen hat.

Wir können uns vor allem deshalb nicht auch hier noch Auseinandersetzungen leisten, weil all unsere Energie und unser Einsatz der Weiterentwicklung deutscher außenpolitischer Positionen in einer von Turbulenzen erschütterten Welt gelten muß. Somalia, das ehemalige Jugoslawien, die Entwicklung in der früheren UdSSR sind nur drei Stichworte - mühelos ließe sich viele weitere hinzufügen.

Klaus Kinkel hat mich im Laufe seiner bisherigen Amtszeit mit einer Reihe von Sonderaufträgen durch die Welt geschickt, die sich inklusive meiner europapolitischen Aufgaben zu einem Tätigkeitsprofil zusammenfügen, die mich der Diskussion um die Staatssekretäre mit einem hohen Maß an Gelassenheit entgegensehen läßt.

Nicht gelassen betrachten können wir das bedrückende Thema, das mit seinen innen- und außenpolitischen Aspekten unsere Gesellschaft aufwühlt: Es muß gelingen - durch die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte, nicht nur der unbestritten notwendigen politischen Aktion -, daß die Fratze des Unmenschen im Bewußtsein unserer Nachbarn nicht wieder deutsche Züge trägt. Jeder von uns kann in seinem persönlichen Umfeld dazu beitragen, daß die Wahrung der Menschenrechte keine wohlfeile Forderung gegenüber Entwicklungsländern und Diktaturen ist, sondern vor allem Leitfadens liberaler Politik in unserem Land bleibt. Ich möchte Ihnen versprechen, daß ich mich mit aller Kraft dafür einsetze, daß dieses uns durch die aktive Bekämpfung des Mißbrauchs unseres Rechtes leichter gemacht wird.

Viele von uns sind mit dem Bild der Partei und der Regierung nicht zufrieden - zumindest punktuell und dieses nicht zu Unrecht. Die Reaktion darauf darf aber nicht sprachlose Resignation, sondern muß Aktion sein mit Anträgen, Parteitagsteilnahme etc etc. Ich stehe Ihnen für diesen Dialog - auch wenn er sehr kritisch ist und sein muß - zur Verfügung. Seien Sie versichert, daß ich über der „Welt“ unseren Kreisverband nicht aus den Augen verliere. Ich werde selbstverständlich gerne weiterhin zu Frühstücken in Mannshaupten, Podiumsdiskussionen in Waiblingen, Toastverkaufen in Welzheim und vielen anderen Gelegenheiten kommen.

Wer nur den Kopf in den Wolken hat und darüber die Bodenhaftung verliert, kann seine politischen Aufgaben nicht ordentlicher ledigen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und uns allen ein friedliches Neues Jahr.

FDP Schwaikheim lädt zum vorweihnachtlichen Nachmittag ein

Der FDP-Ortsverband in Schwaikheim führt dieses Jahr wieder den traditionellen „vorweihnachtlichen Nachmittag“ durch. Er findet am 20. Dezember um 15.00 Uhr im „Charlotten-eck“ statt. Dieses Jahr kann der Ortsverband auf eine ganze Reihe von Aktivitäten zurückblicken. Im Januar wurde in einer Feierstunde der 30-jährige Geburtstag des Ortsverbandes gefeiert. Ende Mai fand zur Verabschiedung des Landtagsabgeordneten Kurt Vollmer aus dem Landtag eine Feierstunde statt. Gleichzeitig wurde der Verfassungstag gewürdigt. Und auch dieses Jahr veranstalteten die FDP/Freie Wähler die traditionelle „Sichelhängetse“. An diese Aktivitäten will der Ortsverband an diesem vorweihnachtlichen Nachmittag noch mal erinnern.

Der Ortsverband würde sich über Ihren Besuch freuen.

FDP-Landesgeschäftsstelle in Stuttgart hat neue Rufnummern

Die Landesgeschäftsstelle in der Stuttgarter Rotebühlstraße hat eine neue Telefonanlage installiert. Seit Oktober gilt nun die Rufnummer

(0711) 666 18-0

Die Telefax-Nummer lautet

(0711) 666 18-12

Es besteht nun auch die Möglichkeit zur Durchwahl der Mitarbeiter. Das Sekretariat von Landesgeschäftsführer Karl-Heinz Rübesamen ist unter der Durchwahlnummer -17 zu erreichen. Der Pressesprecher Hasso Kraus unter -19.

FDP und Julis auf dem Auenwalder Weihnachtsmarkt

Der FDP-Ortsverband Weissacher Tal und die Jungen Liberalen sind auch in diesem Jahr wieder mit einem attraktiven Stand auf dem Weihnachtsmarkt rund um die Auenwaldhalle vertreten. Neben Glühwein, Kinderpunsch und Waffeln werden traditionell auch wieder hochwertige Holzspielzeuge der Arbeitsloseninitiative Backnang angeboten.

6 Monate F.W. Kiel im Landtag

Schon kräftig mitgemischt

Ein halbes Jahr nach Aufnahme seiner Landtagstätigkeit hat der Landtagsabgeordnete Friedrich-Wilhelm Kiel den Einwohnern des Wahlkreises am Donnerstag, den 12. November 1992 in Korb über seine bisherigen gestarteten Initiativen berichtet und Anregungen von den Besuchern entgegengenommen. Kiel kündigte an, daß er alle 6 Monate zu einem solchen Gespräch einladen wolle.

Der Landtagsabgeordnete informierte zunächst über seine Aufgaben in der Fraktion. Er ist zuständig für Umwelt, Wohnungsbau, Verfahren von Asylbewerbern und Kunst. Insbesondere dem Bereich Umwelt mißt Kiel neben der Wirtschafts- und Wohnungsbaupolitik in der Zukunft große Bedeutung zu.

Einer der Schwerpunkte seiner bisherigen Initiativen im Landtag ist ein Antrag Kiels zur Minimierung von Müllverbrennungsanlagen in der Region Stuttgart. Dieser Antrag wurde von den

Fraktionen der Koalitionsregierung zunächst abgelehnt, zwischenzeitlich gibt es zu „meinem großen aber auch freudigen Erstaunen“, so der Landtagsabgeordnete Kiel einen Ergänzungsantrag von Abgeordneten der CDU und der SPD, die die Landesregierung auffordern doch zu prüfen, ob die Planung und Entwicklung der technischen Abfallwirtschaftsanlagen als Pflichtaufgabe dem Regionalverband sinnvoller Weise übertragen werden sollte.“

Dies bedeute dann, so Kiel, „daß die höchstens zwei weitere Standorte“ für eine Müllverbrennungsanlage von der Region auszusuchen sind und dann der oder die geeignetsten Standorte in der Region auszuwählen sind. „In der Region“, so Kiel, gehört der Dornhau nicht zu den geeigneten Standorte für eine Müllverbrennungsanlage.

Laut einer gemeinsamen Untersuchung der Kreise Rems-Murr und Lud-

wigsburg wurde festgestellt, daß „allein im Kreis Ludwigsburg sich zwei bessere Standorte befinden.“ Deshalb werde er sich bemühen „die knappe Mehrheit im Kreis, welche jetzt noch für die Müllverbrennungsanlage im Dornhau ist, davon zu Überzeugen, daß sie ihre bisherige Entscheidung zu gegebener Zeit überprüft.“

Wenn die Region die Zuständigkeit für großtechnische Anlagen im Bereich Müll erlange, wäre der Dornhau „nicht mehr gerichtsfest“ und dann wäre der Standort Dornhau „gestorben“.

Nicht einverstanden ist Kiel mit der drastischen Kürzung von Zuschüssen der Landesregierung für die Jugendmusikschulen. Kiel warf der Landesregierung vor, sie habe „mit gezinkten Karten gespielt“. Sie habe nämlich „Kürzungen vorgegeben, die beim näheren Hinsehen sich als wesentlich höher erwiesen hätten, als in der Öffentlichkeit dargestellt. Dieses Vorgehen sei „unfair“. Die FDP sei „nicht bereit dies mitzutragen.“ Aber der Zuschuß „wird auch nicht auf der Höhe bleiben, wie er bisher gewesen ist.“ Kiel betonte, daß er bei den Zuschüssen des Landkreises an die Jugendmusikschulen „keine Kürzung feststellen könne, aber es kann auch nicht angehen, daß der Kreis oder die einzelne Kommune das zusätzlich zahlt, was das Land streicht.“

Zum geplanten Neubau der B 14 zwischen Winnenden und Backnang erklärte Kiel, daß die finanziellen Mittel „zur Verfügung stehen.“ Dabei stellte Kiel klar, daß er für den 4-spurigen Ausbau sei, weil es darauf ankomme „daß man dort Straßen baut, wo der Verkehr kanalisiert werden kann.“

Weitere wichtige Initiativen hat Friedrich-Wilhelm Kiel in den Bereichen Wohnungsbau, Asylbewerber und Aussiedler in den Landtag eingebracht.

Im Wohnungswesen hat Kiel der Landesregierung die Einführung eines „vierten Förderweg vorgeschlagen“, welcher aus dem „Fellbacher Modell“ entwickelt worden ist. Dadurch werde erreicht, daß Kommunen, die nach dem Fellbacher Modell Wohnungen bauen wollen, vom Land nicht allein gelassen werden. „Wohnungsbau ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Gemeinden“, so Kiel. (jk)

F.W. Kiel, MdL will der „Gelben Tonne“ eine Chance geben

Der FDP-Landtagsabgeordnete Friedrich-Wilhelm Kiel, MdL plädierte bei einer Anhörung der FDP-Landtagsfraktion zum Thema Dualem System, der „gelben Tonne“ und dem „grünen Punkt“ eine Chance zu geben. Kiel betonte, daß der „grüne Punkt“ kein Umweltzeichen zur Auszeichnung umwelt-freundlicher Verpackungen sei. Der „grüne Punkt“, welcher derzeit 1,8 Pfennige pro Verpackung Kosten verursache, diene zur Finanzierung der „gelben Tonne“. In diese Tonne sollen Verpackungen mit dem „grünen Punkt“ eingeworfen und für das Recycling gesammelt werden.

Bei der Einführung des Dualen Systems sind nach Kiels Ansicht folgende Kriterien zu beachten.

Die Vermeidung von Müll muß Vorrang vor der Verwertung haben.

Der „grüne Punkt“ soll nicht die ökologisch sinnvollen und in der Praxis eingeführten Mehrwegsysteme verdrängen.

Das Mehrwegsystem ist zu stützen und auszubauen, dabei ist die verstärkte Nutzung von Pfandsystemen anzustreben.

Für den FDP-Landtagsabgeordneten ist es entscheidend, daß mit den Kommunen im Kreis die Vermarktung verwertbarer Wertstoffe abgestimmt wird. So sollen die bestehenden Bring- und Holsysteme z.B. für Glas und Papier nach den örtlichen Gegebenheiten beibehalten werden.

Der Verbraucher muß durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit über das Duale System aufgeklärt werden.

Kiel fordert weiter ergänzende Regelungen zur Bewältigung der Verpackungsflut. Die Vielzahl der in Verpackungsmaterialien verwandten Kunststoffe sollen volumen- und gewichtsmäßig reduziert und schadstoffhaltige Verpackungsmaterialien ersetzt werden. (jk)

Stephan Kaliss über das Jahr aus „Juli“-Sicht

„Für einige Unruhe gesorgt“

Liebe Julis,

Vor Euch liegt ein neues Experiment: eine gemeinsame Mitgliederzeitung der Kreis-Julis und der Kreis-F.D.P. Dahinter steht das Konzept des Juli-Kreisvorstandes enger mit der F.D.P. zusammenzuarbeiten. Die Julis führten in den vergangenen Jahren ein etwas abgekapseltes Dasein gegenüber der F.D.P. Wir haben versucht dies zu ändern. Spätestens seit der letzten F.D.P.-Kreisvorstandswahl im Mai ist dies sichtbar geworden; von 23 Kreisvorstandsmitgliedern sind 5 davon Julis.

Schon im Vorfeld des Kreisparteitages hatten wir mit unserem Vorschlag, den Stellv. Vorsitzenden Geschäftsbereiche (Organisation, Presse, Programmatik) zuzuweisen für einige Unruhe gesorgt. Nachdem auch das letzte Kreisvorstandsmitglied gemerkt hatte, daß wir niemandem sein Pöstchen wegnehmen, sondern den Vorsitzenden entlasten und die Arbeit effizienter machen wollen, konnte der Kreisvorstand nach fast einem halben Jahr hitzigster Debatten seine Zustimmung geben.

Einige Zeit später wurde eine sogenannte Grundsatzkommission ins Leben gerufen, deren Leitung mir anvertraut

ist. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Arbeit im Kreisvorstand produktiver gemacht werden kann, und wie eine interessanterer Ablauf der Kreisparteitage aussehen könnte. Auch hier werden wir uns auf eine lange Diskussion einstellen müssen, da die „alten Säcke“ (U.S.A.) oft etwas länger brauchen.

Erst wenn effiziente Rahmenbedingungen geschaffen wurden, können wir uns wieder voll auf die Programmatik konzentrieren. Derzeit verschimmeln noch etliche Beschlüsse in der Schublade!!! Oder was macht unser Antrag zum Thema „Nachtbus“ Herr Kiel???

Im nächsten Jahr haben wir wieder regelmäßige Stammtische vor. Dort sollen in lockerer Atmosphäre Ideen und Anträge entwickelt werden. Diese werden wir dann in die F.D.P. hineinragen. Dazu möchte ich alle aufrufen mitzuhelfen.

Frohe Weihnachten und ein gutes, erfolgreiches neues Jahr wünscht Euch

Euer Stephan Kaliss
(Kreisvorsitzender)

Ulrich Theurer wieder als Landesvorstandsmitglied vorgeschlagen

Der Kreisvorsitzende Ulrich Theurer ist von Delegierten des Bezirksparteitages in Eislingen (Fils) am Samstag, dem 21. November 1992 wieder als „Eisheiliger“ für den Landesvorstand vorgeschlagen worden. Damit ist Ulrich Theurer auch eigentlich schon gewählt, denn die „Eisheiligen“ der Bezirke werden auf dem Landesparteitag am 5. Januar 1993 in Stuttgart noch bestätigt.

Die Stellv. Kreisvorsitzende Dieta Völker-Charzinsky vom Ortsverband Winnenden und Ulrich Theurer von Schorn-dorf wurden vom Bezirksparteitag zu Delegierten des Bundesparteitages gewählt. Staatsministerin Ursula Seiler-Albring, MdB wurde als Delegierte für den Bundeshauptausschuß gewählt.

FDP-Ortsverband schreibt Brief an Kohn, Döring und Kiel

Der FDP-Ortsverband Remshalden ist über die personelle Auseinandersetzung um den Landesvorsitz sehr beunruhigt. Dies wird in einem Schreiben, daß von 11 Mitgliedern unterzeichnet wurde, zum Ausdruck gebracht. Hier der Wortlaut:

„Sehr geehrte Herren, der Ortsverband Remshalden ist zutiefst darüber beunruhigt und empört, wie sich maßgebende Mitglieder des Landesvorstands und der Landtagsfraktion öffentlich in der Presse (WKZ, Stuttgarter Zeitung) in Personalquerelen ergehen, statt dringend erforderlicher inhaltlicher Aussagen und programmatischer Darstellung absolute Priorität einzuräumen, obwohl dies die Basis erwartet, da es ihr permanent versprochen wurde.“

Wir erwarten von den Parteifreunden, den Herren Dr. Döring, Kiel, Kohn bis zum 25.11.92 schriftliche Stellungnahmen zu nachstehenden Punkten:

1. Weshalb erscheint ein persönlicher Brief von Herrn Kiel an Herrn Dr. Kohn mit derartig brisantem Inhalt in der Presse?

2. Weshalb wird das Thema „Landesvorsitzender“ überhaupt, schon wieder und entgegen getroffenen Vereinbarungen öffentlich diskutiert?

3. Trifft es zu, daß auch der Bundesvorsitzende, Graf Lambsdorff, in diese Personaldiskussion eingegriffen hat?

Die nächsten Wahltermine bis Ende 1994

Frühj. 93	Hessen,	Kommunalwahlen	(4 J)
Frühj. 94	Europaparlament		(5 J)
Frühj. 94	Niedersachsen,	Landtag	(4 J)
Frühj. 94	Baden-Württemberg,	Kommunalwahlen	(5 J)
Frühj. 94	Schleswig-Holstein,	Kommunalwahlen	(4 J)
Mitte 94	Brandenburg,	Kommunalwahlen	(4 J)
Mitte 94	Mecklenburg-		
	Vorpommern,	Kommunalwahlen	(4 J)
Mitte 94	Rheinland-Pfalz,	Kommunalwahlen	(5 J)
Mitte 94	Saarland,	Kommunalwahlen	(5 J)
Mitte 94	Sachsen,	Kommunalwahlen	(4 J)
Mitte 94	Sachsen-Anhalt,	Kommunalwahlen	(4 J)
Mitte 94	Thüringen,	Kommunalwahlen	(4 J)
Herbst 94	Bayern,	Landtag	(4 J)
Herbst 94	Brandenburg,	Landtag	(4 J)
Herbst 94	Mecklenburg-		
	Vorpommern,	Landtag.	(4 J)
Herbst 94	Sachsen,	Landtag	(4 J)
Herbst 94	Sachsen-Anhalt, Landtag.		(4 J)
Herbst 94	Thüringen,	Landtag	(4 J)
Herbst 94	Nordrhein-Westfalen, .	Kommunalwahlen .	(5 J)
Ende 94	Deutschland	Bundestag	(4 J)

Gerhard Blendinger ruft Bürger auf

Für Bürger mit Zivilcourage und nationalem Gefühl

Beider letzten Kreisvorstandssitzung im Endersbacher „Rössle“ legte das Waiblinger FDP-Mitglied Gerhard Blendinger ein Aufruf „an alle deutschen Frauen und Männer“ vor. Herr Blendinger möchte, daß deutsche Frauen und Männer wieder ihre Meinung vertreten und damit ein Zeichen gegen radikale Schlägertrupps setzen sollen. „Rems-Murr-Liberal“ veröffentlicht exklusiv das Programm von Gerhard Blendinger.

Aufruf

an alle deutschen Frauen und Männer, die auch die Meinung vertreten, daß es außer den radikalen Schlägertrupps und ihrer Hintermänner noch ein anderes Deutschland gibt. Deutsche Bürger, die genügend Zivilcourage und auch ein nationales Gefühl haben, das gegen niemanden gerichtet ist, sollten sich gegen alles Radikale in unserem Volke wenden. Sie sollten bereit sein, ein Deutschland zu vertreten, das es verdient, vom Ausland respektiert zu werden, und dadurch weitere Schäden von unserer Wirtschaft abwendet.

Alle Bürger, die sich berufen fühlen und Willens sind überparteilich und überkonfessionell mitzuarbeiten, werden zur Informations-Veranstaltung am eingeladen.

Programm

1. Wir wollen uns lose vereinigen, um jeder Gewalt gegen ausländische Menschen in unserem Land Einhalt zu gebieten. Wir verabscheuen diese Gewalttaten.

2. Wir wollen, daß unsere Politiker das anstehende Asylproblem endlich nach den jeweils geltenden Gesetzen lösen. Insbesondere fordern wir, daß die Abschiebung konsequent gehandhabt wird.

3. Keinem von uns liegt an einer persönlichen Profilierung oder gar Bereicherung. Für Kosten wie Telefon, Porto, Reisen usw. kommen wir selbst auf.

4. Wir wollen uns jeder Form von Gewalt, die ausländischen Menschen in unserem Land widerfährt, absolut gewaltlos und mit unseren Mitteln entgegenstellen.

5. Wir sind bereit unser Emblem auf eigene Kosten zu erwerben und offen im In- und Ausland zu tragen.

6. Anzeigen, Aufrufe und Öffentlichkeitsarbeit versuchen wir durch die Medien kostenlos zu erhalten. Es soll deren Solidaritätsbeitrag sein.

7. Unser Anliegen ist, Bürger zu gewinnen, die im Gegensatz zu unseren Politikern nicht nur debattieren und sich wiederholen. Außerdem sollten diese Bürger bereit sein, Risiko auf sich zu nehmen. Wir wollen mit unserem Tun immer das Wohl unseres Landes im Auge haben.

8. Es wird versucht, mit unserer Initiative Bürger zu motivieren, die in unserem Sinne selbständig und eigenverantwortlich bundesweit tätig werden, um weite-

ren Schaden von uns abzuwenden.

9. Unsere Vorstellung ist, daß unsere Initiative so lange besteht, bis wieder Ruhe in unserem Land eingekehrt ist. Wenn es die Umstände jedoch erfordern, sollten unsere Anliegen neu und den jeweiligen Umständen entsprechend angepaßt und begonnen werden.

10. Unsere Hoffnung ist, daß in unserem Volke wieder die Vernunft Einzug hält, und daß wir möglichst wenig in Aktion treten müssen. Wir wollen, daß das bisher Erreichte nicht durch Hitzköpfe zerstört wird.

Das Wohl unserer Bundesbürger und unserer Länder mit ihrer Wirtschaft ist unser Hauptanliegen.

Gemeinsame Verfassungskommission

Einig über Selbstauflösung des Bundestages

Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder soll der Bundestag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließen können, sich aufzulösen. Dies soll in das Grundgesetz aufgenommen werden, stellten am Donnerstag, den 26. November 1992 die Berichterstatter der Fraktionen und Gruppen des Bundestages in der Gemeinsamen Verfassungskommission fest.

Sie berichteten über die Beratungen zur Aufnahme von Änderungen im Parlamentsrecht in die Verfassung. Es wurde deutlich, daß Vorschläge zur Zusammenlegung von Landtagswahlterminen mangels Zuständigkeit nicht weiter verfolgt werden sollen. Auch Vorschläge zur Änderung der Wahlperiode des Bundespräsidenten würden nicht weiter beraten. Unter den Berichterstattern habe es ferner Einigkeit gegeben, daß es nicht Aufgabe der Verfassungskommission sei, Vorschläge über die Verringerung der Bundestagsmandate zu unterbreiten. Einigkeit habe auch bestanden, Wege zu suchen, wie die Festlegung der Diäten von Abgeordneten verfassungsrechtlich gestaltet werden kann. Keine

Einigung sei bisher, wie die Berichterstatter feststellten, darüber erzielt worden, ob in der Verfassung Rechte der Opposition verankert werden sollen.

Dafür hatten aufgrund der Erfahrungen in der DDR die Gruppen der PDS/Linke Liste und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert und unter Hinweis auf Länderverfassungen und das Selbstverständnis der parlamentarischen Arbeit die SPD. Während die SPD-Fraktion auch dafür ist, Bildung und Rechte der Fraktionen in der Verfassung zu dokumentieren, lehnten B90/GR und F.D.P. sowie CDU/CSU solche deklamatorischen Feststellungen ab, wobei davor gewarnt wurde, die Verfassung für alles zu öffnen, was durch einfache Gesetze geändert werden könnte.

Das betreffe auch den Wunsch der SPD, das Auswahlverfahren für Kandidaturen zum Bundestag in die Verfassung aufzunehmen. Wenig Neigung zeigten die Berichterstatter, für die Vereinfachung der Gesetzgebungsverfahren im Bundestag einen Hauptausschuß einzurichten. (*Deutscher Bundestag*)

Forderungen zur Bildungs- und Hochschulpolitik

Statt Fachidioten kritische Menschen

Von Goetz Kümmerle

Abkehr von der Paukschule

Im schulischen Bereich muß eine Abkehr von der noch stark verbreiteten Paukschule stattfinden. Es macht keinen Sinn, den europäischen Schülern immer mehr Spezialwissen in allen erdenklichen Disziplinen zu vermitteln, wenn sich die Halbwertszeit des Wissens stetig verkürzt. Es geht nicht an, daß z.B. in den 10. und 11. Klassen baden-württ. Gymnasien im Biologieunterricht Universitätsstoff vermittelt wird und gleichzeitig die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik aufgrund fehlender Unterrichtsstunden versäumt wird. Hier muß ein Umdenken stattfinden.

Aufwertung der geisteswissenschaftlichen Fächer

Die geisteswissenschaftlichen Fächer müssen aufgewertet werden. Ihnen fällt darüber hinaus die wichtige Aufgabe zu, die europäische Einigung unter den Jugendlichen zu fördern und antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen. Es geht dabei nicht um eine Ideologisierung der Jugendlichen. Vorhandene engste und Bedenken Jugendlicher gegenüber Europa und unserer pluralistischen Demokratie müssen durch eine intensive pädagogische Betreuung und Aufklärung abgebaut werden. Die Jugendlichen müssen zudem für Geschichte und Kultur stärker sensibilisiert werden, da sie ein unbewußtes Fundament unseres täglichen Handelns darstellen.

Stärkere Förderung der Schlüsselqualifikationen

Mit der Abkehr von der Paukschule muß gleichzeitig eine Aufwertung der Förderung von Schlüsselqualifikationen in der Schule erfolgen. Die Schulzeit ist für Jugendliche ein charakterlich prägender Abschnitt in ihrem Leben, der für ihren weiteren Werdegang von ausschlaggebender Bedeutung ist. Deshalb muß schon früh die Förderung der Persönlichkeit in einem jungen Menschen einsetzen und nicht die Förderung des Untertans. Rhetorik, Durchsetzungs-

vermögen und die Fähigkeit zur Teamarbeit sind die Schlüsselqualifikationen, die nicht nur Führungskräfte in der Wirtschaft brauchen, sondern auch der mündige Bürger, der aktiv und kritisch an unserer Demokratie teilhaben will. Jugendliche müssen zu guten Demokraten erzogen werden. Das geht nur, wenn man ihnen an der Schule auch Demokratie vorlebt. Den Lehrern fällt somit eine Vorbildfunktion zu, der sie im Moment nur selten gerecht werden.

Die Lehrpläne müssen entsprechend geändert werden. Teamarbeit darf in Zukunft nicht mehr die Ausnahme, sondern muß die Regel sein. Die Schüler müssen verstärkt mit einem Problem betraut werden, das sie abschließend über die Fächergrenzen hinweg behandeln. Bei Volvo hat man die Fließbandarbeit abgeschafft, weil man zu der Einsicht kam, daß ein Arbeiter effizienter arbeitet, wenn er die Produktion eines Gutes unmittelbar mitverfolgen kann

Friedrich-Wilhelm Kiel, MdL beim FDP-Ortsverband Weissacher Tal

Der Landtagsabgeordnete Friedrich-Wilhelm Kiel war auf Einladung des FDP-Ortsverbandes Weissacher Tal am 11. November 1992 in der Auenwaldhalle und informierte über die aktuelle Landespolitik.

Kiel bezeichnete die FDP/DVP im Landtag von Baden-Württemberg als „Stachel im Fleisch der Großen, die gerade geheiratet haben“.

Der Backnanger Gemeinderat Edwin Müller gibt der „Verteufelung des Autos“ eine Mitschuld an der Krise der baden-württembergischen Autoindustrie. Friedrich-Wilhelm Kiel gab zu bedenken, das „das Auto auch am Stau sterben“ kann. Kiel forderte eine weitere Verbesserung des öffentlichen Personenverkehrs und wies darauf hin, daß er selbst schon eine Art „Sprechstunde“ in der Stadtbahn habe, wenn er vom Rathaus Fellbach in den Landtag nach Stuttgart fahre. „In Fellbach wissen viele, daß der Oberbürgermeister die Stadtbahn oft benützt“, sagte Kiel.

Zum Thema Rechtsextremismus sagte Kiel, daß er nicht bereit ist „einen Teil der Jugendlichen abzuschreiben.“

und nicht nur Stückwerk verrichtet. Einem Schüler wird der Sinn einer mathematischen Formel besser bewußt, wenn er in den Fächern Physik und Geschichte etwas über die Bedeutung dieser Formel in der Architektur zur Berechnung der Statik erfährt, z.B. anhand von mittelalterlichen Kirchenbauten. Das Verständnis für die jüdische Kultur und Religion wächst, wenn man siedifferenziert in den Fächern Religion, Politik und Geschichte analysiert und das Ergebnis in einem Aufsatz oder einer empirischen Studie verarbeitet. Das Vortragen und präsentieren solcher Gruppenarbeiten muß gefördert werden. Das sture, notenorientierte Lernen und Arbeiten für die Lehrer gehört auf den Müllhaufen der Schulgeschichte. Wir benötigen keine Fachidioten mit beschränktem Horizont, sondern kritische Menschen, die universell einsetzbar sind. Was man in der Wirtschaft schon längst erkannt hat, muß nun endlich auch in der Schule umgesetzt werden.

Julis gründen Arbeitskreis Bildungspolitik

Die Jungen Liberalen Kreisverbände Rems-Murr und Esslingen bilden einen Arbeitskreis zum Thema Bildungspolitik und ihre zukünftige europäische Orientierung.

Ziel dieses Arbeitskreises ist es Perspektiven aufzuzeigen, wie die bundesdeutsche Bildungssituation verbessert werden kann, um die Schüler und Studenten stärker zu motivieren und für den europäischen Wettbewerb fit zu machen. Die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises findet im Anschluß an das Programmatische Wochenende der Jungen Liberalen Baden-Württemberg am

**Sonntag, den 20. Dezember 1992
um 14.00 Uhr
im Jugendgästehaus Stuttgart,
Am Schnarrenberg 10
7000 Stuttgart 50
(Beim Burgholzloch) statt.**